

FDP

Am eigenen Schopf

Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**.



Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**.

Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**.

Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**.

Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**.

Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**.

Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**. Die FDP muss wieder zueinanderfinden, fordert **Thomas Sigmund**.

Der Autor ist stellv. Leiter des Berliner Hauptstadtbüros. Sie erreichen ihn unter: sigmund@handelsblatt.com

WORTE DES TAGES

Getty Images



„Es zerreißt mich innerlich, wenn ich den Zustand meiner Partei sehe. So wie jetzt kann es mit der FDP nicht weitergehen.“

Dirk Niebel,
Entwicklungsminister

LEITARTIKEL

Erbarlungslos gegen alle

Präsident Putin verhindert mit aller Macht den Wandel in Russland, meint **Oliver Bilger**.



Während die Neujahrsansprache über die Bildschirme flimmerte, räselten viele Russen erneut, wie es um die Gesundheit ihres Präsidenten bestellt ist. Lange hatte es Spekulationen um Wladimir Putins Rücken gegeben. Nun klang seine Stimme seltsam. Dabei hatte der Präsident vor Tagen klargestellt, was er vom Gerede um seine körperliche Verfassung hält: Es handele sich nur um Gerüchte, um seiner Legitimität zu schaden, lanciert von Kritikern. Aber auf Schwäche, so Putin, brauche niemand zu warten. Eine klare Botschaft an alle Gegner. Es sollte nicht die einzige bleiben.

Denn gleichzeitig macht er jetzt unmissverständlich klar: Den Kurs, den der Präsident seit seiner Rückkehr in den Kreml eingeschlagen hat, wird er nicht verlassen. Das gilt sowohl für seine Außen- wie Innenpolitik. Putin ist inzwischen 60 Jahre alt und seit 13 Jahren wichtigster Mann im Staat. Politikmüde ist er nicht. Aber den - wie er vor seiner Wiederwahl angekündigt hatte - „neuen“ Putin wird es nicht geben. Im neuen Jahr setzt Putin noch stärker auf Konfrontation.

Dass Putin weiter mit harter Hand regieren will, belegte er in den vergangenen Tagen. Pünktlich zur Weihnachtszeit gab der Präsident eine neuzeitliche Interpretation des biblischen Königs Herodes. Russische Waisenkinder wurden zu Geiseln von Putins Außenpolitik. Es geht um den Streit mit den USA um das sogenannte Magnitskij-Gesetz. Sergej Magnitskij war ein Anwalt, der in einem Moskauer Gefängnis umkam. Sein Tod im Jahr 2009 sorgte für Aufsehen und Kritik. Bis heute wurde jedoch niemand zur Rechenschaft gezogen. Das Gesetz in den USA verbietet jenen, die in den Fall Magnitskij verwickelt sind, die Einreise.

Russland revanchierte sich mit einer bizarren Antwort: Amerikaner dürfen keine russischen Waisen mehr adoptieren. Russlands Stärkster straft die Schwächsten seines Landes. Und von dem vor noch nicht sehr langer Zeit ausgerufenen Neustart zwischen Russland und den USA bleibt kaum noch etwas übrig.

Russlands harter Kurs ist nicht nur auf das Verhältnis zu den USA begrenzt. Seit Monaten brüskiert Moskau mit seiner sturen Haltung im Syrien-Konflikt den Westen. Auch das Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union war einmal besser. Selbst zu Berlin, das oft die Rolle des Fürsprechers für den russischen Partner übernahm, haben sich die Beziehungen seit einiger Zeit deutlich abgekühlt.

Der Hauptkonflikt dreht sich um die Abschaffung der Visum-Pflicht, auf die Russland dringt, die aber nicht alle in Europa möchten. Vor allem deutsche Innenpolitiker blockieren, weil sie unkontrollierte Zuwanderung aus Russland und anderen ehemaligen Sowjetstaaten fürchten. Seit Jahren wird darüber diskutiert, die Vi-

sum-Hürde abzuschaffen. Erzielt wurden bislang nur kleine Fortschritte.

Für Ungemach sorgt darüber hinaus der Kartellverdacht der Wettbewerbsbehörden in Brüssel gegen Russlands Energieriesen Gazprom. Das Verfahren der EU-Kommission wird die Beziehungen auch in diesem Jahr weiter belasten. Ebenso wie die von Brüssel geforderte Entflechtung von Pipeline-Betreibern und Energielieferanten von Gas und Öl. Moskau fürchtet Nachteile für die Geschäfte von Gazprom, eine der wichtigsten Einnahmequellen der Staatskasse.

Derweil hat die Europäische Union vor allem wegen ihrer andauernden Krise an Bedeutung für Russland eingebüßt. Zwar bleibt der Kontinent wichtiger Wirtschaftspartner, aber Putin richtet sich gleichzeitig stärker nach Osten, zu den wachsenden Märkten in China und anderen asiatischen Ländern - deren Führer Russland nicht zu mehr Demokratie erziehen wollen und keine Verfehlungen bei den Menschenrechten anprangern. Zudem forciert er den Aufbau einer Eurasischen Union, die ihm zusätzliche Macht im postsowjetischen Raum verleiht.

Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft kann Russland gemeinsam mit den führenden Nationen vorantreiben, aber nicht gegen sie. So sinkt auch im Westen die Hoffnung, durch Einfluss von außen etwas an den Zuständen im Inneren Russlands ändern zu können. Zu fest sitzt der neue Präsident wieder auf seinem alten Platz im Kreml. Zwar ist auch von Kämpfen innerhalb der Machteliten zu hören. Doch kaum jemand zweifelt an Putins Macht. Wer für Unruhe sorgt, muss seinen Posten räumen, wie zuletzt selbst Minister erfahren mussten. Gerade hat Putin das Rentenalter hochrangiger Beamter erhöht, um Vertraute zu halten.

Wenig Hoffnung gibt es da für die Opposition des Landes. Die Massenproteste vor einem Jahr waren nur ein kurzes Aufbäumen der Bürger. Inzwischen hat die Bewegung deutlich an Unterstützung verloren. Die prominentesten Kreml-Kritiker, die nicht aufgeben wollen, werden mit Verfahren überzogen. Das Interesse an Politik und der Wille zur Veränderung weichen der alten Stagnation, in der sich so viele bequem eingerichtet hatten. Selbst wenn Kritik an Putin heute lauter geäußert wird und seine Zustimmungswerte sinken - solange es keine ernst zu nehmende Alternative gibt, kümmern sich die Bürger nur um ihre eigene kleine Welt.

Gesellschaftlicher Wandel wird eh durch neue Einschränkungen des Kremls für Opposition und Zivilgesellschaft blockiert. Jüngstes Beispiel ist die Wahlrechtsreform - ein weiterer Teil der potemkinschen Demokratie Russlands: Zwar will Putin die Direktwahl stärken, letztlich aber dürfte diese Änderung nur einem Ziel dienen: den Präsidenten weiter zu stärken.

Der Autor ist Korrespondent in Moskau. Sie erreichen ihn unter: bilger@handelsblatt.com

„Die CDU sollte aufhören,
die Grünen anzuschmachten.
Wir sollten sie inhaltlich stellen.“

David McAllister,
niedersächsischer Ministerpräsident

„Ich glaube, dass Politiker
das aussprechen müssen,
was sie denken.“

Peer Steinbrück,
Kanzlerkandidat der SPD



KRISEN

Die wilde 13

Herzlich willkommen im Jahr 2013. 13! Schon mal ein Jahr 13 erlebt? Na dann viel Spaß, ich hoffe, Sie haben sich gut angeschnallt, denn es geht ja gleich bergab. Der Wirtschaftsminister sieht die Konjunktur in Gefahr, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen erwartet konjunkturell „magere Zeiten“, und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt meint, die Schuldenkrise schwebt wie ein „Damsklosschwert“ über Europa. Wir werden es wohl hinter uns bringen müssen, dieses Jahr. Schließlich sind wir ja nicht bei der Lufthansa, wo nach der Reihe 12 gleich die 14 kommt.

Ich selbst muss sagen, dass ich mich persönlich mit Krisen ganz wohl fühle. In Grunde lebe ich immer nur von Krise zu Krise. Wenn man ein Krisenjahr erlebt, dann kommen einem die Zeiten, die man ohne Krise verbracht hat, auf einmal wie vergoldet vor, wie die guten Jahre. Man kann das Leben nachträglich viel besser genießen.

Ich bin sogar ein Kind der Krise. Als ich geboren wurde, war gerade Ölkrise. Deshalb wurden auf Erdöl basierende Kunststoffe teuer. Die Firma Brandstätter im fränkischen Zirndorf suchte nach einem Weg, aus dem Geschäft mit großen Kunststoffmöbeln auszusteigen, und erfand die kleinen Playmobil-Männchen. Ohne Playmobil wäre meine Kindheit trübe gewesen. Ich habe der Krise also einiges zu verdanken.

Von solchen Situationen kann ja auch eine Menge sozialer Wärme ausgehen. Man denke nur an Tschernobyl, als die Welt Angst vor der Wolke aus dem Osten hatte. Plötzlich hatten die Menschen etwas Gemeinsames, man konnte Mahnwachen halten, Lichterketten organisieren und auf Demos gegen die Atomkraft marschieren. Dieser Spaß

wurde uns durch die Energiewende gründlich verdorben. Also müssen wir jetzt umso mehr auf den verbindenden Grusel der Wirtschaftsflaute setzen.

Warme Erinnerungen habe ich an die New-Economy-Krise Anfang des Jahrtausends. Wir konnten täglich zugucken, wie unsere Intershop- und EM.TV-Aktien wegschmolzen, sich alle Kurstabellen rot färbten und der Dax zerkrümelte, während in uns ein historisch anmutendes Black-Thursday-Gefühl aufstieg. Eher enttäuschend war dagegen das Krisenjahr 2009. Ich hatte das Gefühl, die Krise würde sich wegen all der Abwrackprämien und dergleichen gar nicht recht zu mir durcharbeiten. Die Bundesregierung hatte mir diese Krise regelrecht versaut.

Und nun ist da also das kritische Jahr 2013. „2013“ – das klingt ja schon fast wie ein Film von Emmerich oder? Diesmal möchte ich voll dabei sein. Ich habe mir einiges vorgenommen: Massig Schulden habe ich angehäuft, und ich werde auf Ausgaben setzen, die in keinem Verhältnis zu meinen Einnahmen stehen. Wenn mich jemand darauf anspricht, schiebe ich alles auf die Merkel. „Wenn du die Krise überleben willst“, sage ich, „musst du selbst zur Krise werden.“

Allerdings muss ich gerade lesen, dass das RWI zu dem Schluss kommt, es werde auch 2013 wohl doch ein Wachstum in Deutschland geben, und Herr Hundt schiebt seiner Warnung hinterher, dass hier dank des stabilen wirtschaftlichen Rahmens keine Rezession drohe. Verdammt, die gönnen einem aber auch nichts!

Tillmann Prüfer macht sich, die Bundeskanzlerin und auch uns mit Ratschlägen fit für das neue Jahr.



Der Autor ist Redakteur beim „Zeit-Magazin“ und war Kolumnist der „FTD“. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

ÄRZTEKORRUPTION

Fälle für den Staatsanwalt

Peter Thelen will sich nicht aufs Standesrecht verlassen, um bestechliche Ärzte zu stoppen.



Es gibt 150 000 Kassenärzte in Deutschland. Bei über 500 von ihnen haben die Ärztekammern nach eigenen Angaben in den vergangenen drei bis vier Jahren berufsrechtliche Maßnahmen von der „Beratung“ bis zum Bußgeld ergriffen – wegen Bestechlichkeit und Vorteilsnahme. Die Zahlen lassen zwei Schlussfolgerungen zu. Entweder die Schwarze-

Schafe-Theorie stimmt, und Korruption bei Kassenärzten ist ein absolutes Randproblem. Oder das Berufsrecht wird zu selten angewendet, wenn man Mediziner davon abhalten will, Einweisungprämien von Krankenhäusern, Vergünstigungen von Pharmafirmen, Laborärzten, Orthopäden oder radiologischen Praxen entgegenzunehmen.

Zahllose Indizien sprechen für die zweite Variante. Ein besonders starkes ist die von der Bundesärztekammer genannte Zahl von 500. Denn es gibt den Verdacht, dass es sich dabei zum weit überwiegenden Teil um Abmahnungen in einer einzigen Bestechungsaffäre handelt, dem sogenannten Ratiopharm-Skandal. Gegen Hunderte von Ärzten wurde seinerzeit von den Staatsanwälten ermittelt, weil sie sich für die Verordnung der Medikamente des Herstellers Provisionen hatten zahlen lassen. Verurteilt wurde am Ende niemand. Die Gerichte gelangten im Jahr 2009 zu der Auffassung, dass Ärzte als Unternehmer und Freiberufler Vergünstigungen annehmen dürfen. Eine Rechtsauffassung, die im Juni 2012 vom Bundesgerichtshof höchstrichterlich bestätigt wurde.

Beteiligt am Ratiopharm-Fall waren aber weit mehr Mediziner, bei denen mangels Erfolgsaussicht von vornherein auf Ermittlungen verzichtet worden war. Sollte sich bei den derzeit laufenden Prüfungen bestätigen, dass berufsrechtlich überwiegend die ausermittelten Fälle geahndet wurden, wäre das ein starker Hinweis dafür, dass Kassenärzte bei Vorteilsnahme Konsequenzen nur fürchten müssen, wenn zuvor Staatsanwälte tätig waren und genügend Druck erzeugt haben.

Die Staatsanwaltschaften können aber seit dem Urteil des Bundesgerichtshofs bei Vorteilsnahme nicht mehr tätig werden. Deshalb müssen sie per Gesetz dazu ermächtigt werden. Zu diesem Ziel führt nur ein Weg: Das berufs- und sozialrechtliche Bestechungsverbot für Kassenärzte muss auch im Strafrecht verankert werden – zumindest für die Fälle, in denen die gesetzlichen Kassen die Therapiekosten tragen.

Der Autor ist Korrespondent in Berlin. Sie erreichen ihn unter: thelen@handelsblatt.com